

AMTLICHER ANZEIGER

TEIL II DES HAMBURGISCHEN GESETZ- UND VERORDNUNGSBLATTES
Herausgegeben von der Behörde für Justiz und Gleichstellung der Freien und Hansestadt Hamburg

Amtl. Anz. Nr. 23

FREITAG, DEN 22. MÄRZ

2013

Inhalt:

	Seite		Seite
Öffentliche Auslegung des Bebauungsplan-Entwurfs Lokstedt 52/Eppendorf 9/Groß Borstel 11	501	Widmung einer Wegefläche	502
Öffentliche Plandiskussion über den Bebauungsplan- Entwurf Winterhude 42 – Ohlsdorf 42 – Barm- bek-Nord 42 – Alsterdorf 42	501	Berichtigung der Widmungsveröffentlichungen Voß- kulen und Vom-Berge-Weg	502
Widmung einer Wegefläche	501	Einberufung der ordentlichen Kammerversammlung 2013 der Hanseatischen Rechtsanwaltskammer ..	502

BEKANNTMACHUNGEN

Öffentliche Auslegung des Bebauungsplan-Entwurfs Lokstedt 52/Eppendorf 9/Groß Borstel 11

Die Dauer der erneuten öffentlichen Auslegung des Bebauungsplan-Entwurfs Lokstedt 52/Eppendorf 9/Groß Borstel 11 – bekannt gemacht im Amtl. Anz. Nr. 19 vom 8. März 2013 S. 354 – wird bis zum 5. April 2013 verlängert.

Hamburg, den 22. März 2013

Die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt

Amtl. Anz. S. 501

Öffentliche Plandiskussion über den Bebauungsplan-Entwurf Winterhude 42 – Ohlsdorf 42 – Barmbek-Nord 42 – Alsterdorf 42

Der Stadtentwicklungsausschuss der Bezirksversammlung Hamburg-Nord führt zu dem Bebauungsplan-Entwurf Winterhude 42 – Ohlsdorf 42 – Barmbek-Nord 42 – Alsterdorf 42 sowie über die Änderung des Flächennutzungsplans und des Landschaftsprogramms einschließlich Arten- und Biotopschutzprogramm mit den Bürgerinnen und Bürgern eine öffentliche Plandiskussion mit öffentlicher Unterrichtung und Erörterung durch.

Mit dem Bebauungsplan-Entwurf Winterhude 42 – Ohlsdorf 42 – Barmbek-Nord 42 – Alsterdorf 42 sollen die planungsrechtlichen Voraussetzungen für neue Wohngebäude mit neuen öffentlichen Erschließungsflächen, private Grünflächen für Kleingärten sowie öffentliche Grünflächen geschaffen werden. Auf der Grundlage eines Wettbewerbsergebnisses vom April 2012 sollen etwa 1400 Wohnungen (davon 60 % öffentlich gefördert), etwa 160 Kleingärten und etwa 5 ha öffentlich nutzbare Grünanlagen entstehen. Die bereits vorhandenen Straßen und Hauptverkehrsstraßen sollen planungsrechtlich abgesichert werden.

Die vorhandenen Bahnanlagen werden nachrichtlich übernommen.

Dementsprechend sollen Flächennutzungsplan und Landschaftsprogramm einschließlich Arten- und Biotopschutzprogramm entsprechend angepasst werden.

Die Veranstaltung findet am Donnerstag, dem 4. April 2013, um 19.00 Uhr im Herntrich-Saal der Evangelischen Stiftung Alsterdorf, Alsterdorfer Markt 16, 22337 Hamburg, statt.

Informationsmaterial kann ab dem 28. März 2013 montags bis donnerstags in der Zeit zwischen 9.00 Uhr und 16.00 Uhr und freitags zwischen 9.00 Uhr und 14.00 Uhr im Fachamt Stadt- und Landschaftsplanung im Technischen Rathaus im VI. Stock in der Kummellstraße 6, 20249 Hamburg, eingesehen werden.

Auskünfte zum ausgelegten Bebauungsplan-Entwurf erteilt das Fachamt Stadt- und Landschaftsplanung nach vorheriger telefonischer Terminabsprache (Telefon: 040/4 28 04 - 6023 oder - 6020).

Hamburg, den 18. März 2013

Das Bezirksamt Hamburg-Nord

Amtl. Anz. S. 501

Widmung einer Wegefläche

Es ist beabsichtigt, folgende Verfügung zu erlassen:

Nach § 6 des Hamburgischen Wegegesetzes in der Fassung vom 22. Januar 1974 (HmbGVBl. S. 41, 83) mit Änderungen wird die im Bezirk Wandsbek, Gemarkung Bergstedt, Ortsteil 524, belegene Wegefläche Heidredder (Flurstück 1639) mit sofortiger Wirkung wie folgt gewidmet:

Vom Henseweg in nordwestlicher Richtung verlaufend zunächst auf etwa 160 m für den Fußgänger- und Radfahrerverkehr und auf diesen letzten etwa 80 m auch für den Versorgungs- und Betriebsverkehr. Die daran westlich anschließende Verlängerung bis einschließlich der Einmün-

dung Kaudiekskamp für den Fußgänger-, Radfahrer- und Anliegerverkehr bis 2,8 t zulässigen Gesamtgewichts.

Der räumliche Umfang ergibt sich aus dem anliegenden Lageplan, der Bestandteil der Widmung ist.

Der Plan über den Verlauf der oben genannten Wegefläche liegt für die Dauer eines Monats während der Dienststunden im Geschäftszimmer des Fachamtes Management des öffentlichen Raumes des Bezirksamtes Wandsbek, Am Alten Posthaus 2, Zimmer 215, 22041 Hamburg, zur Einsichtnahme für jedermann öffentlich aus. Während dieser Zeit können alle, deren Interessen durch die beabsichtigte Maßnahme berührt werden, Einwendungen schriftlich oder zu Protokoll des Fachamtes Management des öffentlichen Raumes des Bezirksamtes Wandsbek vorbringen.

Nach Fristablauf erhobene Einwendungen werden nicht mehr berücksichtigt.

Hamburg, den 8. März 2013

Das Bezirksamt Wandsbek

Amtl. Anz. S. 501

Widmung einer Wegefläche

Es ist beabsichtigt, folgende Verfügung zu erlassen:

Nach § 6 des Hamburgischen Wegegesetzes in der Fassung vom 22. Januar 1974 (HmbGVBl. S. 41, 83) mit Änderungen wird die im Bezirk Wandsbek, Gemarkung Bramfeld, Ortsteil 515, belegene Wegefläche Am Stühm-Süd (Flurstück 10343 teilweise), von Hesterlanden bis zur Berner Chaussee verlaufend, mit sofortiger Wirkung dem öffentlichen Verkehr gewidmet.

Der räumliche Umfang ergibt sich aus dem anliegenden Lageplan, der Bestandteil der Widmung ist.

Der Plan über den Verlauf der oben genannten Wegefläche liegt für die Dauer eines Monats während der Dienststunden im Geschäftszimmer des Fachamtes Management des öffentlichen Raumes des Bezirksamtes Wandsbek, Am Alten Posthaus 2, Zimmer 215, 22041 Hamburg, zur Einsichtnahme für jedermann öffentlich aus. Während dieser Zeit können alle, deren Interessen durch die beabsichtigte Maßnahme berührt werden, Einwendungen schriftlich oder zu Protokoll des Fachamtes Management des öffentlichen Raumes des Bezirksamtes Wandsbek vorbringen.

Nach Fristablauf erhobene Einwendungen werden nicht mehr berücksichtigt.

Hamburg, den 11. März 2013

Das Bezirksamt Wandsbek

Amtl. Anz. S. 502

Berichtigung der Widmungsveröffentlichungen Voßkullen und Vom-Berge-Weg

Die Veröffentlichungen der Widmungen vom 31. Januar 2013 im Amtlichen Anzeiger vom 22. Februar 2013 Nr. 15 bezüglich Voßkullen und Vom-Berge-Weg werden zurückgenommen.

Die Veröffentlichungen der Widmungsverfügungen vom 7. Februar 2013 im Amtlichen Anzeiger vom 5. März 2013 Nr. 18 behalten ihre Gültigkeit.

Hamburg, den 14. März 2013

Das Bezirksamt Wandsbek

Amtl. Anz. S. 502

Einberufung der ordentlichen Kammerversammlung 2013 der Hanseatischen Rechtsanwaltskammer

Hiermit berufe ich gemäß § 1 Absatz 4 der Geschäftsordnung der Hanseatischen Rechtsanwaltskammer vom 27. Februar 2008 in Verbindung mit §§ 86 Absatz 1, 87 Absatz 1 BRAO, die ordentliche Kammerversammlung für Dienstag, den 16. April 2013, 18.00 Uhr, in der Handwerkskammer Hamburg, Holstenwall 12, 20355 Hamburg, Saal 304, ein.

Die Kammerversammlung beginnt um 18.00 Uhr mit einem öffentlichen Teil zu folgendem Thema:

Verdachtsberichterstattung
– Podiumsdiskussion –.

Teilnehmer der Podiumsdiskussion werden sein:

- Herr Georg Mascolo, Chefredakteur des Nachrichtenmagazins DER SPIEGEL,
- Herr Michael Nesselhauf, Rechtsanwalt in Hamburg,
- Herr Johann Schwenn, Rechtsanwalt in Hamburg.

Die Leitung obliegt Herrn Rechtsanwalt Malte Nehls, Mitglied des Vorstandes der Hanseatischen Rechtsanwaltskammer.

Nach Ende der Podiumsdiskussion und einer kurzen Pause beginnt der nichtöffentliche Teil der Kammerversammlung, für den hiermit folgende Tagesordnung gemäß § 87 Absatz 1 BRAO angekündigt wird:

1. Jahresbericht des Vorstandes
2. a) Bericht des Vorstandes über die Abrechnung der Einnahmen und Ausgaben der Kammer sowie über die Verwaltung des Vermögens im Jahre 2012 (§ 89 Absatz 2 Nummer 6 BRAO)
b) Bericht der Kassenprüfer
3. Entlastung des Kammervorstandes (§ 89 Absatz 2 Nummer 6 BRAO)
4. Beschlussfassung über den aktualisierten Haushaltsplan für das Jahr 2013 (§ 89 Absatz 2 Nummer 4 BRAO)
5. Beschlussfassung über den Haushaltsplan für das Jahr 2014 einschließlich der Beschlussfassung über den Kammerbeitrag für das Jahr 2014 (§ 89 Absatz 2 Nummern 2 und 4 BRAO)
6. Antrag von Herrn Rechtsanwalt Alexander Munz betreffend „Spartenausbildungsmodell des Deutschen Anwaltvereins sowie die Wiederherstellung des anwaltlichen Rechtsberatungsmonopols, entsprechend dem alten Rechtsberatungsgesetz“
7. Antrag von Herrn Rechtsanwalt Otmar Kury betreffend die Einführung der Brief- oder elektronischen Wahl für die Wahl der Vorstandsmitglieder (§ 88 Absatz 2, 89 Absatz 2 Satz 1 BRAO)
8. Verschiedenes

Vor Beginn der Versammlung und in der Pause vor Beginn des nichtöffentlichen Teils stehen Getränke und ein Imbiss bereit.

Hamburg, den 18. März 2013

Hanseatische Rechtsanwaltskammer

gez. Otmar Kury, Präsident

Amtl. Anz. S. 502

ANZEIGENTEIL

Behördliche Mitteilungen

Öffentliche Ausschreibung

Vergabenummer: 13 A 0103

- a) Öffentlicher Auftraggeber (Vergabestelle):
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,
Pappelallee 41, 22089 Hamburg,
Telefon: + 49 (0)40 / 4 28 42 - 0,
Telefax: + 49 (0)40 / 4 28 42 - 2 06
E-Mail: PoststelleBundesbauabteilung@bba.hamburg.de
- b) Vergabeverfahren:
Öffentliche Ausschreibung, VOB/A
Vergabenummer: **13 A 0103**
Abbruch- und Mauerarbeiten
4114 K 0807 Ausbesserung der gesamten Zaunanlage
- c) Angaben zum elektronischen Vergabeverfahren und zur Ver- und Entschlüsselung der Unterlagen: –
- d) Art des Auftrages: **Ausführen von Bauleistungen**
- e) Ort der Ausführung:
Holstenhofweg 85, 22043 Hamburg
- f) Art und Umfang der Leistung, allgemeine Merkmale der baulichen Anlage:
Allgemeine Merkmale der baulichen Anlage:
Sanierung der Zaunanlage
Art und Umfang der Leistung:
ca. 500 m Abbruch der gemauerten Sockel und Pfeiler
ca. 350 m Neuerstellung gemauerte Sockel und Pfeiler
ca. 500 m Reinigen und Überarbeiten Zaunanlage
- g) Erbringen von Planungsleistungen: Nein
- h) Aufteilung in Lose: Nein
- i) Ausführungsfrist:
Beginn der Ausführung: 2. Juli 2013
Fertigstellung der Leistungen bis: 15. Oktober 2013
- j) Nebenangebote: sind zugelassen
- k) Anforderung der Vergabeunterlagen:
bei Vergabestelle, siehe Buchstabe a).
Bewerbungsschluss: 11. April 2013
Versand der Verdingungsunterlagen: 18. April 2013
- l) Kosten für die Übersendung der Vergabeunterlagen in Papierform:
Höhe des Entgeltes: 12,- Euro
Zahlungsweise: Banküberweisung
Bargeld, Schecks und Briefmarken werden nicht angenommen!
Empfänger: siehe Buchstabe a)
Kontonummer: 1 027 210 333
BLZ: 200 505 50, Geldinstitut: Hamburger Sparkasse
IBAN: DE 22 200 505 50 1027 2103 33
BIC-Code: HASPDEHHXXX
Verwendungszweck: Vergabe: 13 A 0103
Fehlt der Verwendungszweck auf Ihrer Überweisung, so ist die Zahlung nicht zuordenbar und Sie erhalten keine Unterlagen.

Hinweis:

Die Vergabeunterlagen können nur versandt werden, wenn

- auf der Überweisung der Verwendungszweck angegeben wurde,
- gleichzeitig mit der Überweisung die Vergabeunterlagen per Brief oder E-Mail (unter Angabe der vollständigen Firmenadresse) bei der Vergabestelle (siehe Buchstabe a) angefordert wurden,
- das Entgelt auf dem Konto des Empfängers eingegangen ist.

Das eingezahlte Entgelt wird nicht erstattet.

- o) Anschrift, an die die Angebote zu richten sind: Vergabestelle, siehe Buchstabe a).
- q) Angebotseröffnung:
15. Mai 2013, 10.00 Uhr,
Ort: siehe Buchstabe a)
Personen, die bei der Eröffnung anwesend sein dürfen: Bieter und ihre Bevollmächtigten
- r) Geforderte Sicherheiten: siehe Vergabeunterlagen
- t) Rechtsform der Bietergemeinschaften:
selbstschuldnerisch haftend mit bevollmächtigtem Vertreter
- u) Nachweise zur Eignung:

Präqualifizierte Unternehmen führen den Nachweis der Eignung durch den Eintrag in die Liste des Vereins für die Präqualifikation von Bauunternehmen (Präqualifikationsverzeichnis). Bei Einsatz von Nachunternehmen ist auf Verlangen nachzuweisen, dass die vorgesehenen Nachunternehmen präqualifiziert sind oder die Voraussetzung für die Präqualifikation erfüllen.

Nicht präqualifizierte Unternehmen haben zum Nachweis der Eignung mit dem Angebot das ausgefüllte Formblatt 124 „Eigenerklärung zur Eignung“ vorzulegen. Bei Einsatz von Nachunternehmen sind die Eigenerklärungen auch für die vorgesehenen Nachunternehmen abzugeben, es sei denn, die Nachunternehmen sind präqualifiziert. In diesem Fall reicht die Angabe der Nummer, unter der die Nachunternehmen in der Liste des Vereins für die Präqualifikation von Bauunternehmen (Präqualifikationsverzeichnis) geführt werden.

Gelangt das Angebot in die engere Wahl, sind die Eigenerklärungen (auch die der Nachunternehmen) durch Vorlage der in der „Eigenerklärung zur Eignung“ genannten Bescheinigungen zuständiger Stellen zu bestätigen.

Das Formblatt 124 (Eigenerklärungen zur Eignung) ist erhältlich.

Darüber hinaus hat der Bieter zum Nachweis seiner Fachkunde folgende Angaben gemäß § 6 Absatz 3 Nr. 3 VOB/A zu machen: –

- v) Ablauf der Zuschlags- und Bindefrist: 17. Juni 2013
- w) Nachprüfung behaupteter Verstöße:
Nachprüfungsstelle (§ 21 VOB/A)
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,
Pappelallee 41, 22089 Hamburg,
Telefon: + 49 (0)40 / 4 28 42 - 450

Zur Überprüfung der Zuordnung zum 20 %-Kontingent für nicht EU-weite Vergabeverfahren (§ 2 Nr. 6 VgV):

Vergabekammer (§ 104 GWB)

x) Sonstige Angaben:

Auskünfte zum Verfahren und zum technischen Inhalt erteilt: Vergabestelle, siehe Buchstabe a).

Technische Fragen: Frau Schubert

Telefon: 040/4 28 42 - 298

Hamburg, den 18. März 2013

**Die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
– Bundesbauabteilung –**

265

Auftragsbekanntmachung

ABSCHNITT I: ÖFFENTLICHER AUFTRAGGEBER

II.1) Name, Adressen und Kontaktstelle(n)

Offizielle Bezeichnung:

Freie und Hansestadt Hamburg,
FB SBH | Schulbau Hamburg

Postanschrift:

Freie und Hansestadt Hamburg,
FB SBH | Schulbau Hamburg,
U 40, Einkauf/Vergabe,
An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg,
Deutschland

Kontaktstelle(n):

Zu Händen von: Frau Kirsten Spann

Telefon: +49/040/4 28 23 - 62 68

Telefax: +49/040/4 27 31 - 01 43

E-Mail: vergabestellesbh@sbh.fb.hamburg.de

Internet-Adresse(n):

Hauptadresse des öffentlichen Auftraggebers/
des Auftraggebers:

<http://www.hamburg.de/schulbau/>

Weitere Auskünfte erteilen:

die oben genannten Kontaktstellen

Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen
(einschließlich Unterlagen für den wettbewerblichen Dialog und ein dynamisches Beschaffungssystem) verschicken:

die oben genannten Kontaktstellen

Angebote/Teilnahmeanträge sind zu richten an:

die oben genannten Kontaktstellen

I.2) Art des öffentlichen Auftraggebers

Regional- oder Lokalbehörde

I.3) Haupttätigkeit(en)

Allgemeine öffentliche Verwaltung

I.4) Auftragsvergabe im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber

Der öffentliche Auftraggeber/Auftraggeber beschafft im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber/Auftraggeber: Nein

ABSCHNITT II: AUFTRAGSGEGENSTAND

II.1) Beschreibung

II.1.1) Bezeichnung des Wettbewerbs/Projekts durch den öffentlichen Auftraggeber/den Auftraggeber:

Neubau für die Gorch-Fock-Schule am Standort Karstenstraße 22, Hamburg – Objektplanung gemäß § 33 HOAI.

II.1.2) Art des Auftrags sowie Ort der Ausführung, Lieferung bzw. Dienstleistung:

Dienstleistungen

Dienstleistungskategorie Nr: 12

Architektur, technische Beratung und Planung, integrierte technische Leistungen, Stadt- und Landschaftsplanung, zugehörige wissenschaftliche und technische Beratung, technische Versuche und Analysen.

Hauptort der Ausführung, Lieferung oder Dienstleistungserbringung: Hamburg

NUTS-Code: DE600

II.1.3) Angaben zum öffentlichen Auftrag, zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem (DBS):

Die Bekanntmachung betrifft einen öffentlichen Auftrag.

II.1.4) Angaben zur Rahmenvereinbarung: –

II.1.5) Kurze Beschreibung des Auftrags oder Beschaffungsvorhabens:

Die Freie und Hansestadt Hamburg hat zum 1. Januar 2013 gemäß § 26 (1) Landeshaushaltsordnung den Landesbetrieb SBH | Schulbau Hamburg (nachstehend SBH genannt) gegründet. Dieser Landesbetrieb hat die Aufgabe, die Schulimmobilien unter Berücksichtigung der schulischen Belange nach wirtschaftlichen Grundsätzen zu planen, zu bauen, zu unterhalten und zu bewirtschaften und die mehr als 400 Schulen an die Behörde für Schule und Berufsbildung (BSB) zu vermieten. Die Schulimmobilien umfassen sämtliche für schulische Zwecke genutzten Grundstücke und Gebäude der staatlichen und beruflichen Schulen. Die Grundstücksfläche beträgt etwa 9,1 Mio. m² und die Hauptnutzungsfläche etwa 2,2 Mio. m².

In dieser Tätigkeit wurde Schulbau Hamburg beauftragt, die Gorch-Fock-Schule am Standort Karstenstraße 22 in Hamburg-Blankenese um einen Ersatzneubau zu erweitern, so dass die Grundschule Platz für insgesamt 22 Klassen mit ca. 500 Schülern bietet. Auf dem Schulgelände befinden sich derzeit ein denkmalgeschützter, verklonterter Altbau aus dem Jahre 1929, zwei Klassenpavillon sowie eine unsanierte und freistehende Sporthalle aus den 1970er Jahren. Der Altbau wurde im Jahre 2009 um einen Anbau erweitert. In diesem sind Klassenräume sowie ein Pausen- und Mehrzweckbereich untergebracht. Im Zuge der Baumaßnahme wurde auch der Bereich des Sportplatzes umfassend neu gestaltet. Seit dem Schuljahr 2012 wird an der Gorch-Fock-Schule auch eine Ganztagesbetreuung (GBS) mit Essensversorgung angeboten. Ziel der Bauaufgabe ist es, einen Neubau als Ergänzungs- und Ersatzbau sowie eine Einfeld-Sporthalle zu planen. Die Gesamtmaßnahme umfasst eine Nutzfläche von ca. 3120 m² (NF1-6). Der Auftrag umfasst im Einzelnen die Planung einer Verteiler- und Aufwärmküche, eines multifunktionalen Essbereichs, zehn neuer Klassenräume, Gemein-

schaftsflächen, Flächen für den Lehrbedarf sowie einer Einfeld-Sporthalle. Für die Gesamtmaßnahme ist gem. Auftragsbeschreibung ein Investitionsvolumen von ca. 5,64 Mio. Euro (KG200-700) inkl. USt. geschätzt. Die Fertigstellung der baulichen Maßnahme ist für Dezember 2016 geplant. Im Rahmen der Bauaufgabe ist auch der Abriss der genannten Klassenpavillons zu berücksichtigen. Die Maßnahme soll unverzüglich durchgeführt werden und muss bis Dezember 2016 abgeschlossen sein. Die Baumaßnahme soll bei laufendem Schulbetrieb erfolgen.

Die zu vergebenen Leistungen bestehen aus:

- Leistungsphasen 1 bis 2 gemäß § 33 HOAI, Objektplanung;
- Leistungsphasen 3 bis 9 gemäß § 33 HOAI, Objektplanung als optionale Beauftragung durch Bestimmung des AG (gegebenenfalls in noch von dem Auftraggeber festzulegenden Stufen).

- II.1.6) Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)
Hauptgegenstand: 71240000
- II.1.7) Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen (GPA): Ja
- II.1.8) Lose: Nein
- II.1.9) Varianten/Alternativangebote sind zulässig: –
- II.2) **Menge oder Umfang des Auftrags**
- II.2.1) Gesamtmenge bzw. -umfang:
Gemäß Schwellenwertberechnung wird das Honorarvolumen auf ca. 270.000,- Euro inklusive Nebenkosten und ohne Umsatzsteuer geschätzt.
- II.2.2) Angaben zu Optionen: Ja
Leistungsphasen 3 bis 9 gemäß § 33 HOAI, Objektplanung als optionale Beauftragung durch Bestimmung des AG (gegebenenfalls in noch von dem Auftraggeber festzulegenden Stufen).
- II.2.3) Angaben zur Vertragsverlängerung:
Dieser Auftrag kann verlängert werden: Nein
- II.3) **Vertragslaufzeit bzw. Beginn und Ende der Auftragsausführung:**
Laufzeit: 39 Monate ab Auftragsvergabe

ABSCHNITT III: RECHTLICHE, WIRTSCHAFTLICHE, FINANZIELLE UND TECHNISCHE INFORMATIONEN

III.1) Bedingungen für den Auftrag

- III.1.1) Geforderte Kauttionen und Sicherheiten:
Deckungssummen der Berufshaftpflicht:
Deckungssummen für Personenschäden von 1.500.000,- Euro (pro Schadensfall) und für sonstige Schäden von 500.000,- Euro (pro Schadensfall) bei einem in der EU zugelassenen Haftpflichtversicherer oder Kreditinstitut. Es ist der Nachweis zu erbringen, dass die Maximierung der Ersatzleistung mindestens das Zweifache der Versicherungssumme beträgt. Versicherungsnachweise bei Bietergemeinschaften müssen von jedem Mitglied einzeln und die Deckungssummen in voller Höhe nachgewiesen werden. Es ist der Nachweis zu erbringen, dass die Maximierung

der Ersatzleistung mindestens das Zweifache der Versicherungssumme beträgt, d.h. die Versicherung muss bestätigen, dass für den Fall, dass bei der Bewerberin bzw. dem Bewerber mehrere Versicherungsfälle in einem Jahr eintreten (z.B. aus anderen Verträgen mit anderen Auftraggebern), die Obergrenze für die Zahlungsverpflichtung der Versicherung bei mindestens dem Zweifachen der obenstehenden Versicherungssummen liegt (Die schriftliche Bestätigung der Versicherung der Bewerber/innen, die Berufshaftpflicht im Auftragsfall auf die geforderten Höhen anzuheben, oder zum Abschluss einer objektbezogenen Versicherung bereit zu sein, ist als Nachweis ausreichend.).

- III.1.2) Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen bzw. Verweis auf die maßgeblichen Vorschriften: –

- III.1.3) Rechtsform der Bietergemeinschaft, an die der Auftrag vergeben wird:
Bietergemeinschaften sind unter folgenden Bedingungen zugelassen: Gesamtschuldnerisch haftend mit bevollmächtigtem Vertreter(in).

- III.1.4) Sonstige besondere Bedingungen:
Für die Ausführung des Auftrags gelten besondere Bedingungen: Ja

Der Auftragnehmer sowie sämtlich mit der Ausführung befassten Beschäftigten desselben werden nach Maßgabe des Gesetzes über die förmliche Verpflichtung nicht beamteter Personen (Verpflichtungsgesetz) vom 2. März 1974, geändert durch das Gesetz vom 15. August 1974, durch die zuständige Stelle des Auftraggebers gesondert verpflichtet.

III.2) Teilnahmebedingungen

- III.2.1) Persönliche Lage des Wirtschaftsteilnehmers sowie Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister
Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:
Angaben der Bewerber gemäß VOF § 4 (2), (3); § 4 (6) a) bis g), (9) a) bis e); § 5 (1). Die Durchführung der Leistungen soll gemäß § 2 (3) unabhängig von Ausführungs- und Lieferinteressen erfolgen.

Mit dem Teilnahmeantrag sind folgende Unterlagen und Erklärungen abzugeben:

- Spezifisches Anschreiben (formlos);
- ausgefüllter Bewerberbogen, anzufordern bei der genannten Kontaktstelle;
- Anlage 1 A: Nachweis über die Eintragung im Berufs- bzw. Handelsregister nach Maßgabe der jeweiligen Rechtsvorschrift (in Kopie);
- Anlage 1 B: Erklärungen darüber, dass keiner der in § 4 Abs. 6 a) bis g) sowie § 4 Abs. 9 a) bis e) VOF genannten Ausschlussgründe auf den Bewerber zutrifft (Vordruck); zusätzlich sind die Nachweise über die geleisteten Steuerzahlungen und Sozialabgaben beizufügen;
- Anlage 1 C: Erklärung, ob und auf welche Art der Bewerber auf den Antrag bezogen in relevanter Weise mit anderen zusammenarbeitet (Vordruck);

- Anlage 1 D: Bereitschaft zur Verpflichtung gemäß Verpflichtungsgesetz (Vordruck);
- Anlage 1 E: Bevollmächtigung des Vertreters bei Bietergemeinschaften (Vordruck);
- Anlage 1 F: Angaben zu Auftrags teilen in einer Bietergemeinschaft (Vordruck);
- Anlage 1 G: Erklärung über die Leistungs bereitstellung bei Unterauftragsnehmern (Vordruck);
- Anlage 2 A: Bescheinigung über eine abgeschlossene Berufshaftpflichtversicherung mit den unter III.1.1 genannten Deckungssummen (in Kopie) oder den Nachweis über die Anhebung gemäß Ziffer III.1.1. Bei Bietergemeinschaften siehe Ziffer III.1.1;
- Anlage 3 A: Nachweis über die Berufszulassung oder Bescheinigung über die berufliche Befähigung des Bewerbers (in Kopie);
- Anlage 3 B: Darstellung zweier vergleichbarer Referenzprojekte (siehe III.2.3) mit Referenzschreiben.

Die aufgezählten Nachweise müssen aktuell (bis auf Kammerurkunden und Diplom-Urkunden) nicht älter als 12 Monate und noch gültig sein. Die geforderten Unterlagen sind bei Bietergemeinschaften für alle Mitglieder vorzulegen, wobei jedes Mitglied seine Eignung für die Leistung nachweisen muss, die es übernehmen soll; die Aufteilung ist anzugeben. Ausländische Bewerber können an der Stelle der geforderten Eignungsnachweise auch vergleichbare Nachweise vorlegen. Sie werden anerkannt, wenn die nach Maßgabe der Rechtsvorschriften des Staates, in dem das Unternehmen ansässig ist, erstellt wurden. Bestätigungen in anderer als der deutschen Sprache sind in beglaubigter Übersetzung vorzulegen. Das Format der Unterlagen darf DIN A3 nicht überschreiten. Die einzureichenden Unterlagen bitte deutlich sichtbar mit Ziffern und Buchstaben in der im Bewerbungsbogen vorgegebenen Reihenfolge kennzeichnen. Die Seiten bitte durchgehend nummerieren. Die Bewerbung und zugehörige Unterlagen werden nicht zurückgesandt. Die Bewerbung ist in einem als Teilnahmeantrag (mit Angabe der Vergabenummer) gekennzeichneten, verschlossenen Umschlag einzureichen. Für die geforderten Angaben sind die Vordrucke sowie der Bewerbungsbogen auszufüllen. Diese sind schriftlich oder unter der E-Mail vergabestellesbh@sbh.fb.hamburg.de anzufordern. Es sind nur Bewerbungen mit vollständig ausgefülltem und unterschriebenem Bewerbungsbogen sowie der beigefügten Vordrucke und den darin geforderten Angaben und Anlagen einzureichen. Die Vergabestelle behält sich vor, weitere Angaben zu fordern.

III.2.2) Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

- A) Aktueller Nachweis (nicht älter als 12 Monate und noch gültig) der Berufshaftpflichtversicherung oder eine entsprechende, umfassende Bankerklärung (mind. 1,5 Mio. Euro für Personenschäden, mind. 0,5 Mio. Euro für sonstige Schäden).

- B) Erklärung über den Teilumsatz des Bewerbers für den Leistungsbereich gemäß § 33 HOAI in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren (je Jahr; 2009, 2010; 2011). Der durchschnittliche Jahresteilumsatz muss mindestens 270.000,- Euro (netto) erreichen. Sofern in Bietergemeinschaft angeboten wird, muss die Jahresgesamtsumme aller Bieter der Gemeinschaft den genannten Mindestwert erreichen. In der Erklärung sind zudem die Umsatzzahlen jeweils pro Mitglied der Bietergemeinschaft einzeln anzugeben.

Um auch Berufsanfängern die Möglichkeit der Teilnahme am Verhandlungsverfahren zu eröffnen sieht § 5 Abs. 4 VOF aus berechtigten Gründen (z.B. erst vor Kurzem erfolgte Unternehmensgründung) vor, dass die Leistungsfähigkeit durch andere, als geeignet erachtete Belege nachgewiesen werden kann (z.B. über die Höhe des Haftungskapitals, Bürgschaftserklärungen Dritter o.ä.).

III.2.3) Technische Leistungsfähigkeit

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

- A) Nachweis der beruflichen Befähigung des Bewerbers/der für die Leistung vorgesehenen Personen, hier: Architekt/in für die Leistungen gemäß § 33 HOAI Objektplanung.
- B) Nachweis der erbrachten Leistungen für zwei vergleichbare Projekte. Beide Projekte müssen innerhalb der vergangenen 6 Jahre (Stichtag 1. Januar 2007) mit dem Abschluss der Leistungsphase 8 und der Übergabe an die Nutzer realisiert worden sein. Entsprechende Referenzen sind unter der Angabe der Projektbeschreibung, Angabe der erbrachten Leistungen gemäß HOAI (Leistungsbild und Leistungsphasen), Angabe des Leistungszeitraums von Beginn bis Abschluss Leistungsphase 8 und Übergabe an den Nutzer, Angabe der Baukosten (KG 300 und 400 gemäß DIN 276), Angabe der bearbeiteten Bruttogeschossfläche (BGfA gemäß DIN 277), der Nennung der maßgeblich beteiligten Projektleiter/in und gegebenenfalls beteiligte Unterauftragnehmer/ARGE-Partner, der Nennung des Bauherrn mit Ansprechpartner und Telefonnummer und Referenzschreiben oder Referenzbestätigung des Bauherrn einzureichen. Die zwei vergleichbaren Referenzprojekte sind auf maximal je einem Blatt DIN A3 detailliert vorzustellen. Aus den Referenzen soll die Qualifikation des Bewerbers hinsichtlich Erfahrung mit vergleichbaren Projekten ersichtlich werden. Mit den Referenzen ist zwingend eine Erfahrung mit öffentlichen Auftraggebern, mit Neubau sowie mit Bauvorhaben für das Bildungswesen nachzuweisen.
- C) Angabe der im Jahresdurchschnitt beschäftigten Mitarbeiter und Führungskräfte der letzten drei Jahre. Hiervon sind im Bereich Objektplanung gemäß § 33 HOAI mindestens 3 Ingenieure/innen im Durchschnitt der letzten drei Jahre nachzuweisen.

III.2.4) Angaben zu vorbehaltenen Aufträgen: –

III.3) Besondere Bedingungen für Dienstleistungsaufträge

- III.3.1) Angaben zu einem besonderen Berufsstand:
Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten: Ja
Geforderte Berufsqualifikation gemäß § 19 VOF: Als Berufsqualifikation wird der Beruf Architekt/in für die Leistungen gem. § 33 HOAI gefordert. Juristische Personen sind zugelassen, wenn sie für die Durchführung der Aufgabe verantwortliche Berufsangehörige gemäß vorangegangem Satz benennen.
- III.3.2) Für die Erbringung der Dienstleistung verantwortliches Personal:
Juristische Personen müssen die Namen und die beruflichen Qualifikationen der Personen angeben, die für die Erbringung der Dienstleistung verantwortlich sind: Ja

ABSCHNITT IV: VERFAHREN**IV.1) Verfahrensart**

- IV.1.1) Verfahrensart: Verhandlungsverfahren
Einige Bewerber sind bereits ausgewählt worden: Nein
- IV.1.2) Beschränkung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden:
Geplante Mindestzahl: 3, Höchstzahl: 5
Objektive Kriterien für die Auswahl der begrenzten Zahl von Bewerbern:
Der Auftraggeber wählt anhand der erteilten Auskünfte über die Eignung der Bewerber sowie anhand der Auskünfte und Formalien, die zur Beurteilung der von diesen zu erfüllenden wirtschaftlichen und technischen Mindestanforderungen erforderlich sind, unter den Bewerbern, die nicht ausgeschlossen wurden und die die genannten Anforderungen erfüllen, diejenigen aus, die er zur Verhandlung auffordert. Die Auswahl erfolgt anhand von zwei eingereichten Referenzprojekten jeweils in den Kriterien vergleichbare Größe (0-2 Punkt), vergleichbare Bauaufgabe (0-2 Punkte), vergleichbares Leistungsbild (0-2 Punkte), vergleichbare angestrebte Qualität (0-2 Punkte) und die Vorlage eines Referenzschreibens oder Referenzbestätigung vom Bauherren (0-1 Punkt). Insgesamt können mit den Referenzen zusammen maximal 18 Punkte erreicht werden. Der dabei verwendete Auswahlbogen mit den formalen Kriterien, Mindestanforderungen und Auswahlkriterien wird mit dem Bewerbungsbogen versandt. Erfüllen mehrere Bewerber gleichermaßen die Anforderungen und ist die Bewerberzahl nach einer objektiven Auswahl entsprechend der zu Grunde gelegten Kriterien zu hoch, behält sich die Vergabestelle vor, die Teilnehmeranzahl zu erhöhen oder gem. § 10 (3) VOF unter den verbliebenen Bewerbern zu lösen.
- IV.1.3) Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs:
Abwicklung des Verfahrens in aufeinander folgenden Phasen zwecks schrittweiser Verringe-

rung der Zahl der zu erörternden Lösungen bzw. zu verhandelnden Angebote: Nein

IV.2) Zuschlagskriterien

- IV.2.1) Zuschlagskriterien:
Das wirtschaftlich günstigste Angebot in Bezug auf die nachstehenden Kriterien:

Kriterien	Gewichtung
1. Fachlicher Wert	15 %
2. Ästhetik	15 %
3. Qualität	25 %
4. Kundendienst	10 %
5. Ausführungszeitraum	5 %
6. Preis/Honorar	30 %

- IV.2.2) Angaben zur elektronischen Auktion
Eine elektronische Auktion wird durchgeführt: Nein

IV.3) Verwaltungsangaben

- IV.3.1) Aktenzeichen beim öffentlichen Auftraggeber: SBH VOF 007/2013
- IV.3.2) Frühere Bekanntmachungen desselben Auftrags: Nein
- IV.3.3) Bedingungen für den Erhalt von Ausschreibungs- und ergänzenden Unterlagen bzw. der Beschreibung:
Schlusstermin für die Anforderung von Unterlagen oder die Einsichtnahme: 9. April 2013, 14.00 Uhr
Kostenpflichtige Unterlagen: Nein
- IV.3.4) Schlusstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge:
16. April 2013, 14.00 Uhr
- IV.3.5) Tag der Absendung der Aufforderung zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber: 7. Mai 2013
- IV.3.6) Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge verfasst werden können:
Folgende Amtssprache(n) der EU: DE
- IV.3.7) Bindefrist des Angebots: –
- IV.3.8) Bedingungen für die Öffnung der Angebote: –

ABSCHNITT VI: WEITERE ANGABEN

- VI.1) **Angaben zur Wiederkehr des Auftrags:**
Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: Nein
- VI.2) **Angaben zu Mitteln der Europäischen Union:**
Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der Europäischen Union finanziert wird: Nein
- VI.3) **Zusätzliche Angaben:**
Anfragen von Bewerbern werden in anonymisierter Form nebst Beantwortung auf der folgenden Homepage veröffentlicht:
<http://www.hamburg.de/fb/sbh-ausschreibungen>
Die Beauftragung erfolgt stufenweise. Weitere vorläufige Termine des dem Teilnahmewettbewerb anschließenden Verhandlungsverfahrens: Ver-

sendung der Angebotsaufforderung in der 19. Kalenderwoche 2013; Einreichung der Honorarangebote in der 23. Kalenderwoche 2013; Verhandlungsgespräche in der 24. Kalenderwoche 2013.

VI.4) **Rechtsbehelfsverfahren/
Nachprüfungsverfahren**

VI.4.1) Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/
Nachprüfungsverfahren

Offizielle Bezeichnung:

Vergabekammer der Behörde
für Stadtentwicklung und Umwelt

Postanschrift:

Düsternstraße 10, 20355 Hamburg, Deutschland
Telefon: +49/040/4 28 40 - 20 39

VI.4.2) Einlegung von Rechtsbehelfen (siehe Abschnitt
VI.4.2 oder ggf. Abschnitt VI.4.3)

Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:

Gemäß § 107 Absatz 1 GWB leitet die Vergabekammer ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein. Der Antrag ist gemäß § 107 Absatz 3 Nr. 1 GWB unzulässig, wenn der Antragsteller den gerügten Verstoß gegen Vergabevorschriften im Vergabeverfahren erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht unverzüglich gerügt hat. Die Rüge gilt nur dann als unverzüglich, wenn sie nicht später als 14 Kalendertage nach Kenntnis des behaupteten Verstoßes eingelegt wird.

Des Weiteren ist gemäß § 107 Absatz 3 Nr. 4 GWB der Nachprüfungsantrag unzulässig, wenn mehr als 15 Tage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

VI.4.3) Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von
Rechtsbehelfen erteilt:

Offizielle Bezeichnung:

SBH | Schulbau Hamburg,
Rechtsabteilung U 1,
An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg,
Deutschland

Telefax: +49/040/4 27 92 - 71 20

E-Mail: vergabestellesbh@sbh.fb.hamburg.de

VI.5) **Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:**

14. März 2013

Hamburg, den 15. März 2013

Die Finanzbehörde

266

**Beschränkte Ausschreibung
nach Öffentlichem Teilnahmewettbewerb**

- a) Fachamt Management des öffentlichen Raumes
Freie und Hansestadt Hamburg,
Bezirksamt Hamburg-Mitte, M/MR 13
Klosterwall 8, 20095 Hamburg
Telefon: 040/4 28 54 - 30 10, Telefax: 040/4 28 54 - 33 96
- b) Beschränkte Ausschreibung nach Öffentlichem Teilnahmewettbewerb nach der Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen – Teil A (VOB/A).
- c) Entfällt
- d) Kleinvertrag für die Ausführung von Bauleistungen im Bereich des Wasserbaus (WB-KLV).

- e) Gewässer I. und II. Ordnung im Bereich der Freien und Hansestadt Hamburg.

- f) Vergabenummer: **M/MR 3-7/2013**

Art der Leistungen:

Sicherungsarbeiten, Baustraße, Suchgräben, Abbrucharbeiten, Erdarbeiten, Sohl- und Böschungssicherungsarbeiten, Rammarbeiten, Beton- und Mauerwerksarbeiten, Wasserhaltungsarbeiten, Allgem. Unterhaltungsarbeiten, Gehölzpflege, Einzäunung/ Einfriedung, ungebundene Wegebefestigung.

Die einzelnen Arbeiten werden jeweils durch ein besonderes Auftragschreiben in Auftrag gegeben.

Auftragswert jeweils bis netto 15.000,- Euro.

Allgemeine Merkmale der baulichen Anlage:

Die Arbeiten sind am offenen Gewässer mit unterschiedlichen Ufereinfassungen, Gewässerdurchlässen, baulichen Anlagen im oder am Gewässer und den zum Gewässer gehörenden Nebenflächen auszuführen.

- g) Die Gewässer dienen der ordnungsgemäßen Ableitung von Niederschlagswasser das über Flächen bzw. Kanälen den Gewässern zugeführt wird.

- h) Aufteilung in Lose: Nein

Es sind nur Angebote für die Gesamtleistung einzureichen.

- i) Beginn des WB-KLV: Juni 2013

Ende des WB-KLV: Juni 2015

- j) Nebenangebote sind nicht zugelassen

- k) Entfällt

- l) Entfällt

- m) Einsendetermin für Teilnahmeanträge endet am 9. April 2013.

Anträge sind zu richten an: Anschrift siehe Buchstabe o)

- n) 14. Mai 2013

- o) Anschrift:

Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Mitte
Dezernat für Wirtschaft, Bauen und Umwelt
Ausschreibungsstelle D4 / G13, Zimmer 823
Klosterwall 8, 20095 Hamburg

- p) Sie sind in deutscher Sprache abzufassen.

- q) Die Eröffnung der Angebote findet statt am 14. Mai 2013 um 11.00 Uhr.

Anschrift siehe Buchstabe o).

Bieter und ihre Bevollmächtigten.

- r) keine

- s) Zahlungsbedingungen siehe Vergabeunterlagen.

- t) Gesamtschuldnerisch haftende Arbeitsgemeinschaft mit bevollmächtigtem Vertreter.

- u) Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

Die Anträge auf Teilnahme am Vergabeverfahren sind in einem verschlossenen Umschlag, gekennzeichnet mit der Auftragsbezeichnung des Auftraggebers, einzureichen. Beabsichtigt der Bewerber, wesentliche Teile der Leistung von Nachunternehmern bzw. anderen Unternehmen ausführen zu lassen, muss er in seinem Teilnahmeantrag die durch Nachunternehmern auszuführenden Leistungen angeben und auf gesondertes Verlangen der Vergabestelle zudem von der Vergabestelle bestimmten Zeitpunkt Nachweise und Angaben hierzu vorlegen.

Mit dem Antrag auf Teilnahme sind vorzulegen:

- a) Benennung des Umsatzes des Unternehmens jeweils bezogen auf die letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahre, soweit er Bauleistungen und andere Leistungen betrifft, die mit der zu vergebenden Leistung vergleichbar sind, unter Einschluss des Anteils bei gemeinsam mit anderen Unternehmen ausgeführten Leistungen, durch Vorlage einer Bestätigung des Umsatzes durch einen vereidigten Wirtschaftsprüfer/Steuerberater/oder einen entsprechend testierten Jahresabschluss oder entsprechend testierte Gewinn- und Verlustrechnungen.
- b) Benennung von Leistungen in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren, die mit der zu vergebenden Leistung vergleichbar sind, durch mindestens 3 Referenzen mit schriftlicher Bestätigung des Auftraggebers, dass die Leistungen auftragsgemäß erbracht wurden.
- c) Angabe der Zahl der in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren jahresdurchschnittlich beschäftigten Arbeitskräfte gegliedert nach Lohngruppen mit gesondert ausgewiesenem technischen Leitungspersonal.
- d) Angaben zur Eintragung in das Berufsregister ihres Sitzes oder Wohnsitzes, durch Vorlage einer Gewerbeanmeldung und eines Handelsregistrauszuges, der Eintragung in die Handelsrolle oder bei der Industrie- und Handelskammer.
- e) Angaben, ob ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares gesetzlich geregeltes Verfahren eröffnet oder die Eröffnung beantragt worden ist oder der Antrag mangels Masse abgelehnt wurde oder ein Insolvenzplan rechtskräftig bestätigt wurde. Der rechtskräftige Insolvenzplan ist vorzulegen.
- f) Angaben, ob sich das Unternehmen in der Liquidation befindet.
- g) Angaben, dass nachweislich keine schweren Verfehlungen begangen wurden, die die Zuverlässigkeit als Bewerber in Frage stellen, durch Abgabe folgender Erklärungen: „Ich/wir erklären, dass ich/wir in den letzten 2 Jahren nicht gem. § 21 Abs. 1 Satz 1 oder 2 Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz oder gem. § 21 Abs. 1 Arbeitnehmerentsendegesetz mit einer Freiheitsstrafe von mehr als drei Monaten oder einer Geldstrafe von 90 Tagessätzen oder einer Geldbuße von mehr als 2.500 Euro belegt worden bin/sind.
Ferner erkläre ich/wir, dass keine wirksame Gewerbeuntersagung vorliegt, und dass kein rechtskräftiges Urteil in den letzten 2 Jahren gegen Mitarbeiter in Leitungsfunktionen z.B. wegen wettbewerbsbeschränkender Absprachen bei Ausschreibungen (§ 298 StGB), Bestechung im geschäftlichem Verkehr (§ 299 StGB), Baugefährdung (§ 319 StGB), unerlaubter Umgang mit gefährlichen Stoffen (§ 326 StGB), Betrug (§ 263 StGB), Bestechung (§ 334 StGB) vorliegen, die mit einer Freiheitsstrafe von mehr als 3 Monaten oder mit einer Geldstrafe von 90 Tagessätzen geahndet wurden.“
- h) Angaben, dass die Verpflichtung zur Zahlung von Steuern und Abgaben sowie der Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung ordnungsgemäß erfüllt

wurde, durch Vorlage einer aktuellen Freistellungsbescheinigung und einer aktuellen Unbedenklichkeitsbescheinigung der Sozialkasse, die nicht älter als 12 Monate sein darf.

- i) Angaben, dass das Unternehmen bei der Berufsgenossenschaft angemeldet ist, durch Vorlage einer qualifizierten Unbedenklichkeitsbescheinigung der Berufsgenossenschaft bzw. des Versicherungsträgers mit Angabe der Lohnsummen, die nicht älter als 12 Monate sein darf.

Präqualifizierte Unternehmen können anstelle der oben genannten Unterlagen die Nummer angeben, unter der sie in der Liste des Vereins für die Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. eingetragen sind angeben.

- v) Die Zuschlagsfrist endet am 13. Juni 2013.
- w) Beschwerdestelle:
Freie und Hansestadt Hamburg,
Bezirksamt Hamburg-Mitte,
Dezernat Wirtschaft, Bauen und Umwelt – D4 –,
Klosterwall 8, 20095 Hamburg

Hamburg, den 18. März 2013

Das Bezirksamt Hamburg-Mitte

267

Öffentliche Ausschreibungen der Verwaltung der Freien und Hansestadt Hamburg

Offenes Verfahren/VOL

Die Behörde für Justiz und Gleichstellung – Strafvollzugsamt V14 –, Suhrenkamp 100, 22335 Hamburg, Telefon: 040/4 28 00 - 14 29, Telefax: 040/4 28 00 - 14 64, E-Mail: Petra.Howe@justiz.hamburg.de, beabsichtigt im Rahmen eines offenen Verfahrens den **Abschluss eines Vertrages über das Waschen und Reinigen von Textilien für die Dienststellen und Ämter der Freien und Hansestadt Hamburg**. Das Auftragsvolumen für eine Laufzeit von 4 Jahren liegt bei 334 000,- Euro. Vergabekriterium sind Preis (90 %) und Energieeffizienz (10 %). Einreichungstermin ist der 16. Mai 2013, 10.00 Uhr (EU V14 – 13/2013). Interessierte Anbieter können bei der oben angegebenen Anschrift die erforderlichen Vergabeunterlagen schriftlich abfordern.

Hamburg, den 18. März 2013

**Die Behörde für Justiz und Gleichstellung
– Strafvollzugsamt –**

268

Öffentliche Ausschreibung

Durch öffentliche Ausschreibung nach VOL(A) vergibt die Universität Hamburg einen **Rahmenvertrag für Laborbedarfe**. Bewerber melden sich bitte schriftlich bis zum 10. Mai 2013 unter der Ausschreibungsnummer **03/2013** per E-Mail bei der: Universität Hamburg, Abteilung Finanz- und Rechnungswesen, Referat 74 Ausschreibungs- und Einkaufsdienste, Mittelweg 177, 20148 Hamburg, E-Mail: Einkaufsdienste@verw.uni-hamburg.de.

Hamburg, den 18. März 2013

Universität Hamburg

269

Gerichtliche Mitteilungen

Zwangsversteigerung

802 K 30/12. Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das in Hamburg Olewischtwiet, Fabriciusstraße 121, 121 a-121 c, 123, 123 a-c belegene, im Grundbuch von Bramfeld Blatt 17465 eingetragene Wohnungseigentum, bestehend aus einem 255/10 000 Miteigentumsanteil an dem 4101 m² großen Grundstück (Flurstücke 2636 und 2609), verbunden mit dem Sondereigentum an der Wohnung, im Aufteilungsplan mit Nummer 26 bezeichnet, durch das Gericht versteigert werden.

Die vermietete 3-Zimmer-Wohnung zur Größe von etwa 78 m² ist im Erdgeschoss links, postalische Anschrift Fabriciusstraße 123 c, des im Jahre 1961 errichteten Gebäudes belegen. Laut Gutachten ältere Ausstattung in durchschnittlichem Instandhaltungszustand.

Verkehrswert gemäß § 74 a Absatz 5 ZVG: 114 000,- Euro, für jeden 1/2 Miteigentumsanteil: 57 000,- Euro.

Der Versteigerungstermin wird bestimmt auf **Donnerstag, den 30. Mai 2013, 10.00 Uhr**, vor dem Amtsgericht Hamburg-Barmbek, Spohrstraße 6, 22083 Hamburg, Erdgeschoss, Saal E.005.

Das über den Verkehrswert des Grundbesitzes eingeholte Gutachten kann auf der Geschäftsstelle, Zimmer 2.044, montags bis freitags von 9.00 Uhr bis 13.00 Uhr, eingesehen werden. Infos auch im Internet: www.zvg.com

Die Zwangsversteigerungsvermerke sind am 20. Juni 2012 in Bezug auf den Miteigentumsanteil Abt. I Nr. 2 a) und am 11. September 2012 für den Miteigentumsanteil Abt. I Nr. 2 b) in das Grundbuch eingetragen worden.

Rechte, die bei der Eintragung des Versteigerungsvermerks aus dem Grundbuch nicht ersichtlich waren, sind spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Wohnungseigentums oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen,

widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.

Hamburg, den 22. März 2013

**Das Amtsgericht
Hamburg-Barmbek**

Abteilung 802

270

Zwangsversteigerung

902 K 9/12. Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das in Hamburg, Hirschgraben 74 belegene, im Grundbuch von Hamm Geest Blatt 3297 eingetragene Wohnungseigentum, bestehend aus 2244/9999 Miteigentumsanteilen an dem 674 m² großen Grundstück (Flurstück 366), verbunden mit dem Sondereigentum an der Wohnung und dem Abstellraum, im Aufteilungsplan mit Nummer 1 bezeichnet, durch das Gericht versteigert werden.

Die vermutlich eigentümergegenutzte 3 1/2-Zimmer-Wohnung nebst Küche, Bad, Diele, Abstellraum und zwei Balkonen, ist im Erdgeschoss des im Jahre 1962 errichteten Wohnhauses mit insgesamt 5 Einheiten belegen und hat nach dem Wertgutachten vom 8. November 2012 eine Größe von etwa 108 m². Eine Innenbesichtigung wurde dem Sachverständigen nicht ermöglicht.

Verkehrswert gemäß § 74 a Absatz 5 ZVG: 180 000,- Euro, je 1/2 Anteil: 90 000,- Euro.

Der Versteigerungstermin wird bestimmt auf **Donnerstag, den 6. Juni 2013, 9.30 Uhr**, vor dem Amtsgericht Hamburg-St. Georg, Lübeckertor-damm 4, I. Stock, Saal 1.01.

Das über den Verkehrswert des Grundbesitzes eingeholte Gutachten kann auf der Geschäftsstelle, Zimmer 1.40, montags bis freitags von 9.00 Uhr bis 13.00 Uhr, eingesehen werden. Infos auch im Internet: www.zvg.com

Der Zwangsversteigerungsvermerk ist am 6. Februar 2012 in das Grundbuch eingetragen worden.

Rechte, die bei der Eintragung des Versteigerungsvermerks aus dem Grundbuch nicht ersichtlich waren, sind spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses

dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Wohnungseigentums oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.

Hamburg, den 22. März 2013

**Das Amtsgericht
Hamburg-St. Georg**

Abteilung 902

271

Zwangsversteigerung

323 K 21/12. Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das in Hamburg, Ebertallee 29/33, 37, Kalckreuthweg belegene, im Grundbuch von Bahrenfeld Blatt 4535 eingetragene Wohnungseigentum, bestehend aus 8148/100 000 Miteigentumsanteilen an dem 2706 m² großen Flurstück 723, verbunden mit dem Sondereigentum an der Wohnung Nummer 12, durch das Gericht versteigert werden.

Beschreibung laut Gutachten: Die eigengenutzte Wohnung liegt im Haus Ebertallee 37, dort im Dachgeschoss rechts. Die Wohnfläche von etwa 130 m² verteilt sich auf 4 Zimmer, Küche, Diele, zwei Bäder, Abstellraum und Balkon. Ursprüngliches Baujahr des unterkellerten Mehrfamilienhauses: 1934/1935; diese Wohnung befindet sich im 1980/1981 aufgestockten Dachbereich. Wärme- und Warmwasserversorgung über Gaszentralheizung.

Verkehrswert gemäß § 74 a Absatz 5 ZVG: 270 000,- Euro.

Der Versteigerungstermin wird bestimmt auf **Mittwoch, den 12. Juni 2013, 9.00 Uhr**, vor dem Amtsgericht Hamburg-Altona, Max-Brauer-Allee 91, 22765 Hamburg, I. Stock, Saal 114.

Das über den Verkehrswert des Grundbesitzes eingeholte Gutachten kann auf der Geschäftsstelle, Zimmer 3, montags bis freitags von 9.00 Uhr bis 13.00 Uhr, eingesehen werden. Infos auch im Internet unter www.zvg.com und www.zvhh.de (mit Gutachterdownload).

Der Zwangsversteigerungsvermerk ist am 11. Juli 2012 in das Grundbuch eingetragen worden.

Rechte, die bei der Eintragung des Versteigerungsvermerks aus dem

Grundbuch nicht ersichtlich waren, sind spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Wohnungseigentums oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.

Hamburg, den 22. März 2013

**Das Amtsgericht
Hamburg-Altona**
Abteilung 323

272

Zwangsversteigerung

323 K 22/12. Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das in Hamburg, Ebertallee 29/33, 37, Kalckreuthweg belegene, im Grundbuch von Bahrenfeld Blatt 4534 eingetragene Wohnungseigentum, bestehend aus 8082/100 000 Miteigentumsanteilen an dem 2706 m² großen Flurstück 723, verbunden mit dem Sondereigentum an der Wohnung Nummer 11 und an der Garage Nummer 13 e, durch das Gericht versteigert werden.

Beschreibung laut Gutachten: Die eigengenutzte Wohnung liegt im Haus Ebertallee 37, dort im Dachgeschoss links. Die Wohnfläche von etwa 129 m² verteilt sich auf 4 Zimmer, Küche, Diele, zwei Bäder, Abstellraum und Balkon. Ursprüngliches Baujahr des Mehrfamilienhauses: 1934/1935; diese Wohnung befindet sich im 1980/1981 aufgestockten Dachbereich. Wärme- und Warmwasserversorgung über Gaszentralheizung.

Verkehrswert gemäß § 74 a Absatz 5 ZVG: 282 000,- Euro.

Der Versteigerungstermin wird bestimmt auf **Mittwoch, den 12. Juni 2013, 11.00 Uhr**, vor dem Amtsgericht Hamburg-Altona, Max-Brauer-Allee 91, 22765 Hamburg, I. Stock, Saal 114.

Das über den Verkehrswert des Grundbesitzes eingeholte Gutachten kann auf der Geschäftsstelle, Zimmer 3, montags bis freitags von 9.00 Uhr bis 13.00 Uhr, eingesehen werden. Infos auch im Internet unter

www.zvg.com und www.zvhh.de (mit Gutachterdownload).

Der Zwangsversteigerungsvermerk ist am 11. Juli 2012 in das Grundbuch eingetragen worden.

Rechte, die bei der Eintragung des Versteigerungsvermerks aus dem Grundbuch nicht ersichtlich waren, sind spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Wohnungseigentums oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.

Hamburg, den 22. März 2013

**Das Amtsgericht
Hamburg-Altona**
Abteilung 323

273

Zwangsversteigerung

616 K 47/11. Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das in Billhorner Mühlenweg 22, Hardenstraße 1, 20539 Hamburg belegene, im Grundbuch von Billwerder Ausschlag Blatt 2282 eingetragene Teileigentum, bestehend aus 223/1000 Miteigentumsanteilen an dem 459 m² großen Flurstück 1350, verbunden mit der nicht zu Wohnzwecken dienenden Raumeinheit mit der Bezeichnung „Gewerbe 3“, durch das Gericht versteigert werden.

Gebäude Baujahr 1960. Ausbau des Dachgeschosses etwa 2002. Das Teileigentum wurde in zwei Wohneinheiten umgewandelt. Nutzungsänderungsgenehmigung in Wohnraum liegt vor, jedoch keine Zustimmung der WEG und Änderung der Teilungserklärung. Dachgeschoss links: 3 Zimmer, Küche, Flur, Abstellraum, Bad: Gesamtwohnfläche etwa 88,54 m²; Dachgeschoss rechts: 2 Zimmer, Küche, Flur, Abstellraum, Bad: Gesamtwohnfläche etwa 63,08 m². Die Wohnungen sind vermietet. Die als Sondernutzungsrecht zugeordneten 2 Kfz-Stellplätze existieren nicht.

Verkehrswert gemäß § 74 a Absatz 5 ZVG: 230 000,- Euro.

Der Versteigerungstermin wird bestimmt auf **Dienstag, den 7. Mai 2013, 9.00 Uhr**, vor dem Amtsgericht Hamburg-Harburg, Bleicherweg 1, Saal 04 (Souterrain).

Das über den Verkehrswert des Grundbesitzes eingeholte Gutachten kann auf der Geschäftsstelle, Zimmer 101, montags bis freitags (außer mittwochs) von 9.00 Uhr bis 13.00 Uhr, Telefon: 040/4 28 71 - 24 06, eingesehen oder im Internet unter www.zvg.com, www.zvhh.de und www.versteigerungs-pool.de abgerufen werden.

Der Zwangsversteigerungsvermerk ist am 9. September 2011 in das Grundbuch eingetragen worden.

Rechte, die bei der Eintragung des Versteigerungsvermerks aus dem Grundbuch nicht ersichtlich waren, sind spätestens im Versteigerungstermin vor der Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Objekts oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.

Hamburg, den 22. März 2013

**Das Amtsgericht
Hamburg-Harburg**
Abteilung 616

274

Zwangsversteigerung

616 K 48/11. Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das in Billhorner Mühlenweg 22, Hardenstraße 1, 20539 Hamburg belegene, im Grundbuch von Billwerder Ausschlag Blatt 2283 eingetragene Teileigentum, bestehend aus 20/1000 Miteigentumsanteilen an dem 459 m² großen Flurstück 1350, verbunden mit dem Sondereigentum an der Garage Nummer 1, durch das Gericht versteigert werden.

Die Garage konnte nicht von innen besichtigt werden. Innenmaß etwa 3,15 x 5,41 m.

Verkehrswert gemäß § 74 a Absatz 5 ZVG: 8 000,- Euro.

Der Versteigerungstermin wird bestimmt auf **Dienstag, den 7. Mai 2013, 9.00 Uhr**, vor dem Amtsgericht Hamburg-Harburg, Bleicherweg 1, Saal 04 (Souterrain).

Das über den Verkehrswert des Grundbesitzes eingeholte Gutachten kann auf der Geschäftsstelle, Zimmer 101, montags bis freitags (außer mittwochs) von 9.00 Uhr bis 13.00 Uhr, Telefon: 040/4 28 71 - 24 06, eingesehen oder im Internet unter www.zvg.com, www.zvhh.de und www.versteigerungspool.de abgerufen werden.

Der Zwangsversteigerungsvermerk ist am 19. September 2011 in das Grundbuch eingetragen worden.

Rechte, die bei der Eintragung des Versteigerungsvermerks aus dem Grundbuch nicht ersichtlich waren, sind spätestens im Versteigerungstermin vor der Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Objekts oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.

Hamburg, den 22. März 2013

**Das Amtsgericht
Hamburg-Harburg**

Abteilung 616

275

Zwangsversteigerung

616 K 53/11. Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das in Hamburg, Hausbrucher Straße 3 d, 21147 Hamburg belegene, im Grundbuch von Neugraben Blatt 5636 eingetragene Wohnungserbbaurecht, bestehend aus 146/2818 Miteigentumsanteilen an dem 2818 m² großen Flurstück 5884, 5894, 4363, 5904, verbunden mit dem Sondereigentum an sämtlichen Räumen des Reihenhauses, im Aufteilungsplan bezeichnet mit Nummer 7, durch das Gericht versteigert werden.

Laufzeit 99 Jahre ab dem 20. August 1984. Reihennittelhaus, Baujahr 2000, unterkellert (3 Kellerräume), 2 Vollgeschosse (Erdgeschoss: Wohn-/Esszimmer, Küche, Flur, WC) (Obergeschoss: 3 Zimmer Bad, Flur), ausgebauter Pultdach (1 Raum mit Heizungsanlage) (Hinweis: der Ausbau des Dachgeschosses ist nicht genehmigt), Wohnfläche etwa 115 m². Gaszentralheizung. Warmwasserversorgung erfolgt über Heizung. Kfz-Stellplatz. Die Nutzung erfolgt durch Schuldner, Mieter.

Verkehrswert gemäß § 74a Absatz 5 ZVG: 202 000,- Euro.

Der Versteigerungstermin wird bestimmt auf **Dienstag, den 14. Mai 2013, 9.00 Uhr**, vor dem Amtsgericht Hamburg-Harburg, Bleicherweg 1, Saal 04 (Souterrain).

Das über den Verkehrswert des Grundbesitzes eingeholte Gutachten kann auf der Geschäftsstelle, Zimmer 101, montags bis freitags (außer mittwochs) von 9.00 Uhr bis 13.00 Uhr, Telefon: 040/4 28 71 - 24 06, eingesehen oder im Internet unter www.zvg.com, www.zvhh.de und www.versteigerungspool.de abgerufen werden.

Der Zwangsversteigerungsvermerk ist am 29. August 2011 in das Grundbuch eingetragen worden.

Rechte, die bei der Eintragung des Versteigerungsvermerks aus dem Grundbuch nicht ersichtlich waren, sind spätestens im Versteigerungstermin vor der Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Objekts oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.

Hamburg, den 22. März 2013

**Das Amtsgericht
Hamburg-Harburg**

Abteilung 616

276

Nachlassverwaltung

309 IV 38/13. Die Verwaltung des Nachlasses des Herrn Edgar Rudolf Treede, geboren am 11. April 1927 in Hamburg, verstorben am 15. Dezember 2012 in Hamburg, zuletzt wohnhaft: Wolsteinkamp 35, 22607 Hamburg, wurde mit Beschluss vom 13. März 2013 angeordnet. Nachlassverwalterin ist Frau Rechtsanwältin Ursel Etzel, Paul-Neumann-Platz 5, 22765 Hamburg.

Hamburg, den 22. März 2013

**Das Amtsgericht
Hamburg-Altona**

Abteilung 309

277

Sonstige Mitteilungen

Auftragsbekanntmachung (Richtlinie 2004/18/EG)

ABSCHNITT I: ÖFFENTLICHER AUFTRAGGEBER

I.1) Name, Adressen und Kontaktstelle(n)

Offizielle Bezeichnung:

European X-Ray Free-Electron

Postanschrift:

Notkestraße 85, 22607 Hamburg, Deutschland

Telefon: +49/40/89 98 - 56 45

Telefax: +49/40/89 98 - 40 09

Zu Händen von Herr Schimanke

E-Mail: hochbau@xfel.eu

Hauptadresse des öffentlichen Auftraggebers:

<http://www.xfel.eu>

Weitere Auskünfte erteilen:

die oben genannten Kontaktstellen

Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen (einschließlich Unterlagen für den wettbewerblichen Dialog und ein dynamisches Beschaffungssystem) verschicken:

die oben genannten Kontaktstellen

Angebote oder Teilnahmeanträge sind zu richten an: die oben genannten Kontaktstellen

I.2) Art des öffentlichen Auftraggebers:

GmbH

I.3) Haupttätigkeit(en)

Forschung

- I.4) **Auftragsvergabe im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber**
Der öffentliche Auftraggeber beschafft im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber: nein

ABSCHNITT II: AUFTRAGSGEGENSTAND

- II.1) **Beschreibung**
- II.1.1) Bezeichnung des Auftrags durch den öffentlichen Auftraggeber:
XEO 002-13 XFEL-Röntgenlaser,
Los 9.1, Medienkanäle XHEXP1 (1. BA)
und PETA-Watt-Tunnel
- II.1.2) Art des Auftrags und Ort der Ausführung, Lieferung bzw. Dienstleistung
Bauauftrag
Planung und Ausführung
Hauptort der Ausführung, Lieferung oder Dienstleistungserbringung:
Holzkoppel 4, 22869 Schenefeld
NUTS-Code DE600
- II.1.3) Angaben zum öffentlichen Auftrag, zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem (DBS):
Die Bekanntmachung betrifft einen öffentlichen Auftrag.
- II.1.4) Angaben zur Rahmenvereinbarung: –
- II.1.5) Kurze Beschreibung des Auftrags oder Beschaffungsvorhabens:
Die European X-Ray Free-Electron Laser Facility GmbH plant auf dem neuen Betriebsgelände in Schenefeld den Neubau von unterirdischen Medienkanälen im Bereich der Experimentierhalle. Die Medienkanäle verbinden die Experimentierhalle mit den Technikgebäuden XHVAC und XHPSC und dienen der Leitungsführung für die Versorgung mit elektrischer Energie, Kühlwasser und der Be- und Entlüftung. Für die Anbindung der späteren PETA-Watt-Laserhalle an die Experimentierhalle ist der PETA-Watt-Tunnel geplant. Die Querschnittsabmessungen der Medienkanäle variieren in Abhängigkeit von den jeweils geführten Medien. Die Breite beträgt 4,80 m bis 10,00 m, die Höhe 3,40 m bis 3,90 m. Die Medienkanäle befinden sich vollständig unter der Geländeoberkante. Die Aushubtiefe für die Erdarbeiten beträgt ca. 4,50 m. Die Gesamtlänge der Medienkanäle beträgt im 1. BA ca. 160 m. Der PETA-Watt-Tunnel hat bei einer Länge von ca. 25 m einen lichten Querschnitt von 2,00 x 2,00 m. Die tragende Konstruktion besteht aus Stahlbeton, Trennwänden aus Mauerwerk. Alle Außenbauteile sind als Weiße Wanne vorgesehen. Zum Leistungsumfang gehört die komplette Ausführungsplanung, der Erweiterte Rohbau mit Erdarbeiten, Beton- und Stahlbetonarbeiten, Maurer- und Estricharbeiten, Stahlbau- und Schlosserarbeiten, Abdichtungsarbeiten, Erdungsanlagen und Malerarbeiten. Mit den Erdarbeiten ist am 18. Juli 2013, mit den Rohbauarbeiten am 15. August 2013 zu beginnen. Alle Arbeiten sollen im Februar 2014 abgeschlossen sein.
- II.1.6) Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge: (CPV)
Hauptgegenstand: 45210000

- II.1.7) Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen (GPA): Ja
- II.1.8) Aufteilung des Auftrags in Lose: Nein
- II.1.9) Angaben über Varianten/Alternativangebote: Varianten/Alternativangebote sind zulässig: Nein
- II.2) **Menge oder Umfang des Auftrags**
- II.2.1) Gesamtmenge bzw. -umfang:
Siehe II.1.5) Kurze Beschreibung des Auftrags oder Beschaffungsvorhabens.
- II.2.2) Angaben zu Optionen: Nein
- II.2.3) Angaben zur Vertragsverlängerung: Nein
- II.3) **Vertragslaufzeit bzw. Beginn und Ende der Auftragsausführung:**
Laufzeit: 9 Monate ab Auftragsvergabe.

ABSCHNITT III: RECHTLICHE, WIRTSCHAFTLICHE, FINANZIELLE UND TECHNISCHE ANGABEN

- III.1) **Bedingungen für den Auftrag**
- III.1.1) Geforderte Kautionen und Sicherheiten:
Siehe Vergabeunterlagen.
- III.1.2) Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen und/oder Verweis auf die maßgeblichen Vorschriften:
Siehe Vergabeunterlagen.
- III.1.3) Rechtsform der Bietergemeinschaft, an die der Auftrag vergeben wird:
Siehe Vergabeunterlagen.
- III.1.4) Sonstige besondere Bedingungen:
Für die Ausführung des Auftrags gelten besondere Bedingungen: Nein
- III.2) **Teilnahmebedingungen**
- III.2.1) Persönliche Lage des Wirtschaftsteilnehmers sowie Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister
Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:
Eintragung in die Liste des Vereins für Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. (Präqualifikationsverzeichnis) oder Eigenerklärungen gem. Formblatt 124 (Eigenerklärungen zur Eignung). Soweit zuständige Stellen Eigenerklärungen bestätigen, sind von Bieter, deren Angebote in die engere Wahl kommen, die entsprechenden Bescheinigungen vorzulegen. Das Formblatt 124 ist den Ausschreibungsunterlagen beigelegt.
- III.2.2) Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit:
Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:
Eintragung in die Liste des Vereins für Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. (Präqualifikationsverzeichnis) oder Eigenerklärungen gem. Formblatt 124 (Eigenerklärungen zur Eignung). Soweit zuständige Stellen Eigenerklärungen bestätigen, sind von Bieter, deren Angebote in die engere Wahl kommen, die entsprechenden Bescheinigungen vorzulegen. Das Formblatt 124 ist den Ausschreibungsunterlagen beigelegt. Nachweis der Betriebshaftpflichtversicherung mit

Deckungssummen für Personen- und Sachschäden von jeweils 1,5 Mio. Euro pro Jahr.

- III.2.3) Technische Leistungsfähigkeit:
Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:
Eintragung in die Liste des Vereins für Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. (Präqualifikationsverzeichnis) oder Eigenerklärungen gem. Formblatt 124 (Eigenerklärungen zur Eignung). Soweit zuständige Stellen Eigenerklärungen bestätigen, sind von Bieter, deren Angebote in die engere Wahl kommen, die entsprechenden Bescheinigungen vorzulegen. Das Formblatt 124 ist den Ausschreibungsunterlagen beigelegt.
- III.2.4) Angaben zu vorbehaltenen Aufträgen: –
- III.3) **Besondere Bedingungen für Dienstleistungsaufträge**
- III.3.1) Angaben zu einem besonderen Berufsstand: –
- III.3.2) Für die Erbringung der Dienstleistung verantwortliches Personal: –

ABSCHNITT IV: VERFAHREN

- IV.1) **Verfahrensart**
- IV.1.1) Verfahrensart: Offen
- IV.1.2) Beschränkung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden: –
- IV.1.3) Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs: –
- IV.2) **Zuschlagskriterien**
- IV.2.1) Zuschlagskriterien: Niedrigster Preis
- IV.2.2) Angaben zur elektronischen Auktion
Eine elektronische Auktion wird durchgeführt: Nein
- IV.3) **Verwaltungsangaben**
- IV.3.1) Aktenzeichen beim öffentlichen Auftraggeber: XEO 002-13
- IV.3.2) Frühere Bekanntmachung(en) desselben Auftrags: Nein
- IV.3.3) Bedingungen für den Erhalt von Ausschreibungs- und ergänzenden Unterlagen bzw. der Beschreibung:
Schlusstermin für die Anforderung von Unterlagen oder die Einsichtnahme: 8. Mai 2013
Kostenpflichtige Unterlagen: Nein
- IV.3.4) Schlusstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge: 14. Mai 2013, 11.00 Uhr
- IV.3.5) Tag der Absendung der Aufforderungen zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber: –
- IV.3.6) Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge verfasst werden können:
Folgende Amtssprache(n) der EU: DE
- IV.3.7) Bindefrist des Angebots: bis 28. Juni 2013
- IV.3.8) Bedingungen für die Öffnung der Angebote: 14. Mai 2013

Ort: Deutsches Elektronen-Synchrotron DESY, Notkestrasse 85, 22607 Hamburg, Geb. 11 a, R012

Personen, die bei der Öffnung der Angebote anwesend sein dürfen: Ja

Weitere Angaben über befugte Personen und das Öffnungsverfahren: Bieter oder bevollmächtigte Bietervertreter.

ABSCHNITT VI: WEITERE ANGABEN

- VI.1) **Angaben zur Wiederkehr des Auftrags:**
Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: Nein
- VI.2) Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der Europäischen Union finanziert wird: Nein
- VI.3) **Zusätzliche Angaben:**
Bietergemeinschaften sind zugelassen. Die genannten Eignungsnachweise sind jeweils für die einschlägigen Mitglieder einer Bietergemeinschaft beizubringen.
- VI.4) **Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren**
- VI.4.1) Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren
Vergabekammern des Bundes
beim Bundeskartellamt
Villemomblerstraße 76, 53123 Bonn,
Deutschland,
Telefon: +49/228/94 99 - 0
Telefax: +49/228/94 99 - 163
E-Mail: info@bundeskartellamt.bund.de
- VI.4.2) Einlegung von Rechtsbehelfen: –
- VI.4.3) Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt: –
- VI.5) **Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:**
12. März 2013

Hamburg, den 14. März 2013

European X-Ray Free-Electron

278

Bekanntmachung einer Öffentlichen Ausschreibung (§ 12 VOL/A)

DESY Ausschreibungsnummer: C2018-13

a) Auftraggeber:

Deutsches-Elektronen-Synchrotron DESY
Haus- und Lieferanschrift:
Notkestraße 85, 22607 Hamburg
Briefpost: 22603 Hamburg
Telefon: 040/89 98 - 24 80, Telefax: 040/89 98 - 40 09

b) Vergabeverfahren:

Öffentliche Ausschreibung nach § 3 Absatz 1 VOL/A

c) Form in der Angebote einzureichen sind:

Angebote sind schriftlich in 2-facher Ausfertigung in einem verschlossen Umschlag mit der Kennzeichnung:

„Öffentliche Ausschreibung DESY C2018-13
Angebotstermin 22. April 2013“

per Briefpost oder Boten bis spätestens zu dem unter Buchstabe i) genannten Termin beim

Deutsches-Elektronen-Synchrotron DESY

Haus- und Lieferanschrift:

Notkestraße 85, 22607 Hamburg

Briefpost: 22603 Hamburg

eingehen.

Elektronisch übermittelte Angebote können nicht angenommen und gewertet werden. Für Form und Inhalt der Angebote gilt § 13 VOL/A.

d) Art und Umfang der Leistung:

Abschluss eines Nutzungs-/Wartungsvertrages für die Dauer von 48 Monaten über die Bereitstellung von zwei digitalen Normalpapier-Kopiergeräten für den Einsatz in der Druckerei/Kopierstelle des Deutschen Elektronen-Synchrotron DESY in Hamburg. Das monatliche Maximalvolumen muss je Gerät mindestens 500.000 Clicks pro Monat betragen. Es sind pro Monat bezüglich der Kalkulation der Gerätemiete pro Gerät 100.000 S/W Freikopien zu berücksichtigen. DESY muss auf Wunsch die Möglichkeit ausreichender Testläufe der angebotenen Geräte erhalten. Erforderlichenfalls müssen Kopiergeräte, die nach Vorprüfung für eine Anmietung vorgesehen sind, bis zu 21 Tagen kostenlos in einem Gebäude bei DESY Hamburg probeweise aufgestellt werden, um diese zu testen. DESY erwartet eine umfassende Schulung der Mitarbeiter in Bezug auf die Bedienung der Geräte sowie deren Administrationssoftware (Server- und Clientsoftware). Diese Schulung muss kostenfrei erfolgen.

Leistungsort:

Druckerei/Kopierstelle, Notkestraße 85, 22603 Hamburg

e) Gegebenenfalls die Anzahl, Größe und Art der einzelnen Lose: entfällt

f) Gegebenenfalls die Zulassung von Nebenangeboten: entfällt

g) Etwaige Bestimmungen über die Ausführungsfrist:

Vertragslaufzeit: 1. Juli 2013 bis 30. Juni 2017.

h) Bezeichnung und Anschrift der Stelle, die die Vergabeunterlagen abgibt oder bei der sie eingesehen werden können:

Deutsches Elektronen-Synchrotron DESY
Abteilung V4 – Warenwirtschaft
Notkestraße 85, 22607 Hamburg
Telefon: 040 / 89 98 - 24 80, Telefax: 040 / 89 98 - 40 09
E-Mail: warenwirtschaft.v4sk@desy.de

i) Die Vergabeunterlagen können bis zum 16. April 2013 angefordert werden.

Ablauf der Angebotsfrist: 22. April 2013

Ablauf der Bindefrist: 1. Juli 2013

j) Geforderte Sicherheiten: Entfällt

k) Wesentliche Zahlungsbedingungen:

Die Zahlungsbestimmungen sind den Vergabeunterlagen zu entnehmen.

l) Beurteilung der Eignung (Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit) des Bieters:

Mit dem Angebot sind folgende Nachweise und Erklärungen einzureichen:

- Aktueller Auszug aus dem Berufs- oder dem Handelsregister des Sitzes oder Wohnsitzes des Unternehmens.
- Eigenerklärung, dass kein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares gesetzliches Verfahren eröffnet oder die Eröffnung beantragt worden ist oder ein Antrag mangels Masse abgelehnt wurde.
- Eigenerklärung, dass das Unternehmen sich nicht in Liquidation befindet.
- Eigenerklärung, dass der Bieter seine Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern und Abgaben ordnungsgemäß erfüllt hat.

- Eigenerklärung, dass der Bieter seine Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung ordnungsgemäß erfüllt hat.
- Eigenerklärung, dass keine schwere Verfehlung begangen worden ist, die die Zuverlässigkeit des Bieters in Frage stellt.
- Vorlage von Referenzen für die Ausführung vergleichbarer Leistungen hinsichtlich Kopiervolumen und Gerätekonfiguration. **Hinweis:** Es ist nur der mit den Vergabeunterlagen mitgesandte Vordruck „Referenzliste“ gültig.
- Angaben zur späteren Rücknahme/Entsorgung der Kopiergeräte (nach Vertragsschluss) und dessen Verwertung bzw. sachgemäßen Entsorgung.

Je angebotenem Gerätetyp sind folgende Nachweise und Erklärungen einzureichen:

- Bescheinigungen über die Geräte-Sicherheit einschließlich Funkentstörung (z.B. TÜV, GS, VDE, soweit vorhanden, sind auch entsprechende EU-Normen zulässig).
- DIN-Sicherheitsdatenblätter für Verbrauchsmaterialien (insbesondere Toner).
- Aussagefähige Unterlagen über die Schadstoffemissionen des angebotenen Gerätes (Staub, Ozon, Styrolemission, Geräuschemission) sowie über den Energieverbrauch und die Verarbeitbarkeit von Recyclingpapier.
- Unterlagen (Prospekte) aus denen sämtliche Leistungsmerkmale in übersichtlicher Form erkennbar sind.
- Angaben über Auflösung und Lesbarkeit nach DIN 19051/1 und 19051/2.
- Muster der Bedienungsanleitungen in deutscher Sprache.

Bei präqualifizierten Unternehmen genügt die Angabe der Nummer, unter der sie in der Präqualifizierungsdatenbank für den Liefer- und Dienstleistungsbereich (PQ VOL) eingetragen sind. Alle geforderten Nachweise und Erklärungen, die dort nicht hinterlegt sind, sind mit dem Angebot einzureichen.

m) Vervielfältigungskosten: entfällt

n) Zuschlagskriterien:

Zuschlagskriterien gemäß den Vergabeunterlagen. Der Zuschlag wird nach § 18 VOL/A auf das Angebot erteilt, das unter Berücksichtigung aller Umstände als das Wirtschaftlichste erscheint.

Hamburg, den 18. März 2013

Deutsches Elektronen-Synchrotron DESY

279

Öffentliche Ausschreibung

- a) GMH | Gebäudemanagement Hamburg GmbH
Maurienstraße 15, 22305 Hamburg
Telefon: 040 / 4 26 66 - 95 62, Telefax: 040 / 4 26 66 - 95 05
E-Mail: einkauf@gmh-hamburg.de
- b) Öffentliche Ausschreibung nach der Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen – Teil A (VOB/A)
- c) Entfällt
- d) Datentechnik
- e) Stadtteilschule Wilhelmsburg,
Rotenhäuser Straße 67, 21107 Hamburg
- f) Vergabenummer: **GWGG-234**

Datennetz mit 3 Verteilerschränken, je 42 HE mit Anbindung von 340 m LWL-Mehrmodenfaser-Kabel und 10 km Duplex-Datenkabel für insgesamt 148 Doppel-Datendosen. Zur Versorgung der EDV-Anschlüsse werden 9 Installationsverteiler AP mit insgesamt 600 lfdm 5 x 6 qmm halogenfreies Zuleitungskabel und rund 1500 lfdm 3 x 2,5 qmm halogenfreies Installationskabel zu den insgesamt 108 Doppelsteckdosen verlegt. Leitungsführung überwiegend in ca. 750 lfdm Stahlblech-Leitungsführungskanälen und ca. 430 lfdm Brüstungskanäle.

- g) entfällt
- h) keine Losaufteilung
- i) Beginn: 19. Juni 2013, Ende: 31. Juli 2013
- j) keine Nebenangebote zugelassen
- k) Anforderung der Vergabeunterlagen, sowie Verkauf und Einsichtnahme vom 18. März 2013 bis 17. April 2013, Uhrzeit: 9.00 Uhr bis 17.00 Uhr, Anschrift siehe Buchstabe a).
- l) Höhe des Kostenbeitrages: 24,- Euro.
Erstattung: Nein
Zahlungsweise: nur gegen Verrechnungsscheck.
Die Vergabeunterlagen werden nur versandt, wenn der Nachweis über die Einzahlung vorliegt. Bei Bank- und Postüberweisung bitte gleichzeitig Anforderungsschreiben an die Anschrift Buchstabe k) schicken.
- m) Entfällt
- n) Die Angebote können bis zum 24. April 2013, 14.00 Uhr eingereicht werden.
- o) Anschrift: siehe Buchstabe a).
Es ist zwingend das Rücksendeetikett zu verwenden, welches mit den Vergabeunterlagen versendet wird.
- p) Sie sind in deutscher Sprache abzufassen.
- q) Die Eröffnung der Angebote findet statt am 24. April 2013 um 14.00 Uhr. Anschrift: siehe Buchstabe a).
Bieter und ihre Bevollmächtigten.
- r) Siehe Vergabeunterlagen
- s) Zahlungsbedingungen: Siehe Vergabeunterlagen
- t) Gesamtschuldnerisch haftende Arbeitsgemeinschaft mit bevollmächtigtem Vertreter.
- u) Von den Unternehmen werden zum Nachweis ihrer Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit (Eignung), Unterlagen und Angaben gefordert. Sofern Nachunternehmer eingesetzt werden sollen, sind die Nachweise auf gesondertes Verlangen für die vorgesehenen Nachunternehmer dem Angebot beizufügen. Bei fremdsprachigen Bescheinigungen ist eine Übersetzung in die deutsche Sprache beizufügen. Bei Nichtvorlage geforderter Nachweise sowie bei Fehlen geforderter Erklärungen kann das Angebot ausgeschossen werden.
- a) Den Umsatz des Unternehmens jeweils bezogen auf die letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahre, soweit er Bauleistungen und andere Leistungen betrifft, die mit der zu vergebenden Leistung vergleichbar sind, unter Einschluss des Anteils bei

gemeinsam mit anderen Unternehmen ausgeführten Aufträgen.

- b) Die Ausführung von Leistungen in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren, die mit der zu vergebenden Leistung vergleichbar sind.
 - c) Die Zahl der in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren jahresdurchschnittlich beschäftigten Arbeitskräfte, gegliedert nach Lohngruppen mit gesondert ausgewiesenem technischen Leitungspersonal.
 - d) Die Eintragung in das Berufsregister ihres Sitzes oder Wohnsitzes.
- Sowie Angaben,
- e) ob ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares gesetzlich geregeltes Verfahren eröffnet oder die Eröffnung beantragt worden ist oder der Antrag mangels Masse abgelehnt wurde oder ein Insolvenzplan rechtskräftig bestätigt wurde.
 - f) ob sich das Unternehmen in Liquidation befindet,
 - g) dass nachweislich keine schwere Verfehlung begangen wurde, die die Zuverlässigkeit als Bewerber in Frage stellt,
 - h) dass die Verpflichtung zur Zahlung von Steuern und Abgaben sowie der Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung ordnungsgemäß erfüllt wurde,
 - i) dass sich das Unternehmen bei der Berufsgenossenschaft angemeldet hat.

Diese Nachweise können mit der vom Auftraggeber direkt abrufbaren Eintragung in die allgemein zugängliche Liste des Vereins für die Präqualifikation von Bauunternehmen e. V. (Präqualifikationsverzeichnis) erfolgen.

v) Die Zuschlagsfrist endet am 24. Mai 2013

w) Beschwerdestelle:

GMH | Gebäudemanagement Hamburg GmbH
Zu Händen Frau Gertrud Theobald
Maurienstraße 15, 22305 Hamburg
Telefax: 040/4 27 92 - 71 20

Hamburg, den 18. März 2013

GMH | Gebäudemanagement Hamburg GmbH 280

Gläubigeraufruf

Der Verein **TrauMhauS Wohnprojekt e.V.** ist durch Beschluss der Mitgliederversammlung vom 17. November 2012 aufgelöst worden. Zu Liquidatorinnen wurden Frau Imke Matthewes und Frau Britta Hoppenstedt bestellt. Die Gläubiger werden gebeten, ihre Ansprüche bei den Liquidatorinnen anzumelden.

Hamburg, den 3. März 2013

Die Liquidatorinnen 281